

Kapazitäten sind erschöpft

Alle 294 Landkreise in Deutschland stecken in den roten Zahlen. Ariane Berger, Geschäftsführerin des Landkreistags, spricht im Interview über Flüchtlinge, stark gestiegene Sozialausgaben und Schulfusionen.

Der Staat nimmt so viel Geld ein wie noch nie. Dennoch reicht es nicht. „Wir sind regelrecht gefesselt“, sagt Ariane Berger, Geschäftsführerin des Landkreistags. Volksstimme-Reporter Jens Schmidt sprach mit ihr.

Volksstimme: Frau Berger, Sie haben das Amt der Geschäftsführerin des Landkreistags in Sachsen-Anhalt übernommen, sind von Berlin nach Magdeburg umgezogen: Haben Sie sich als Neue ein besonderes Projekt vorgenommen?

Ariane Berger: Zunächst möchte ich gern Land und Leute kennenlernen, da ich von unserem Dachverband in Berlin, dem Deutschen Landkreistag, komme. Inhaltlich sehe ich zwei Schwerpunkte: Wie bekommen wir bei immer knapper werdenden Kassen die enorm gestiegenen Ausgaben in den Griff? Und wie können wir im Land und auf kommunaler Ebene effizienter arbeiten? Digitalisierung kann helfen, Verwaltung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Wir haben bei der Digitalisierung einen großen Investitionsbedarf – angefangen von Bau-Anträgen über die Kfz-Zulassung bis zum Ausländerwesen.

Sachsen-Anhalts Landkreise weisen bundesweit die zweit-höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf und hatten zuletzt ein Defizit von 364 Millionen Euro aufgetürmt – ist Besserung in Sicht? Ganz und gar nicht. Wir befürchten, dass die Kassenkredite bis 2025 auf etwa 500 Millionen Euro wachsen werden.

Landrat Götz Ulrich (Burgenslandkreis) hat schon gedroht, dass alle Landkreise aus dem Deutschlandticket aussteigen, wenn das Land nicht mehr Geld locker macht.

Der Finanzminister hat uns nunmehr für 2025 und 2026 insgesamt 80 Millionen Euro zusätzlich in Aussicht gestellt. Die Kreistage müssen jetzt prüfen, ob das reicht oder nicht. Denn eines ist klar: Wir müssen erst unsere Pflichtaufgaben bezahlen. Das Deutschlandticket ist aber eine freiwillige Ausgabe und gehört nicht dazu. Wir haben daher Verkehrsministerin Hübens vorgeschlagen, das Deutschlandticket als verbindliches Angebot im ÖPNV-Gesetz zu verankern – so, wie das Thüringen macht. Sie lehnt das aus uns unerfindlichen Gründen aber ab.

Warum kommen Sachsen-Anhalts Kreise mit dem Geld nicht hin?

Das ist mittlerweile kein länderspezifisches Problem mehr. Dieses Jahr werden alle 294 Landkreise in der Bundesrepublik keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Das liegt vor allem an den Sozialausgaben, die um enorme 35 Prozent gestiegen sind. Wir haben daher klare Forderungen an den Bund: Entweder muss er selbst mehr Kosten übernehmen oder aber Aufgaben und Standards – wie etwa beim Bürgergeld – reduzieren. Hinzu kommt, dass das Land Sachsen-Anhalt die Kommunen nicht auskömmlich finanziert. Ob beim Öffentlichen Nahverkehr oder im Straßenbau – hier liegt Sachsen-Anhalt im Ländervergleich im unteren Drittel.

Warum sind die Sozialausgaben so rasant geklettert?

Einen großen Teil machen die Ausgaben für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, aber auch aus anderen Ländern aus: Kosten der Unterkunft, Kinder und Jugendhilfe, Sprachkurse. Aber stark gestiegen ist auch der Förderbedarf bei deutschen Kindern und Jugendlichen. Hinzu kommen die mit der letzten Tarifrunde gestiegenen Gehälter im öffentlichen Dienst, die ebenfalls an der Preisschraube drehen.

Muss Migration stärker reduziert werden?

Das Bundesverfassungsgericht hat klare Vorgaben zur menschenwürdigen Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern gemacht, daran ist nicht zu rütteln. Die Frage steht aber: Kann unsere Gesellschaft Menschen noch sinn- und würdevoll integrieren, wenn der Zustrom ungebremst anhält? Unsere Landräte sagen: Die Kapazitäten sind erschöpft. Daher muss Migration besser gesteuert werden.

Müssen die Steuern steigen?

Wir haben auf Bundes- und Länderebene so hohe Einnahmen wie noch nie, und dennoch gibt es in den Landkreisen fast keine freie Spitze für Investitionen mehr. Wir sind regelrecht gefesselt. Es steht daher die dringende zu beantwortende Frage im Raum, ob das hohe Aufgaben- und Sicherungsniveau in unserem Staat gerade auch im Sozialbereich so erhalten werden kann. Darüber müssen wir diskutieren. Derzeit verschieben Bund und Länder viele Lasten auf die kommunale Ebene – und treiben Landkreise, Städte und Gemeinden damit in die Verschuldung.

Sollte die Schuldenbremse gelockert werden?

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte – darüber haben Landräte nicht zu entscheiden.



„Kann unsere Gesellschaft Menschen noch sinn- und würdevoll integrieren, wenn der Zustrom ungebremst anhält?“

FOTO: DPA

Für die Landkreise allerdings gilt: Hier dürfen grundsätzlich keine Schulden gemacht werden, wir müssen ausgeglichene Haushalte vorweisen. Ein „weiter so“ in unserem Land führt die Landkreise in unhaltbare Zustände.

In Sachsen-Anhalt streiten sich Kommunen untereinander ums Geld und überziehen sich mit Klagen – strittig ist die Höhe der Kreisumlage, die Gemeinden an Kreise abführen müssen. Ist Rechtsfrieden in Sicht?

Leider nicht. Aktuell laufen 54 Klagen mit einem Streitvolumen von 203 Millionen Euro. Das dürfte in diesem Umfang bundesweit einmalig sein. Der tiefere Grund für den Streit liegt aber in der Unterfinanzierung der Gemeinden und Kreise durch das Land. Die Kreise benötigen die Umlagen, um alle Kosten für Schulen, Flüchtlinge, Soziales und so weiter zu bezahlen. Etliche Gemeinden aber kommen selbst in finanzielle Schieflage, wenn sie die Umlage an die Kreise überweisen sollen. Das ist das Dilemma.

Die Landkreise wollen den Konflikt vom Bundesverfassungsge-



Ariane Berger, Professorin und promovierte Juristin, wurde im Juni zur Geschäftsführerin des Landkreistags Sachsen-Anhalt gewählt. Die 46-jährige Berlinerin wohnt mittlerweile in Magdeburg.

FOTO: J. SCHMIDT

richt in Karlsruhe auflösen lassen. Wann ist es so weit und was erhoffen Sie sich?

Wir bereiten die Kommunalverfassungsbeschwerde gemeinsam mit den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Salzlandkreis vor und planen Klage-Erhebung noch in diesem Jahr. Ich kann nicht ab-

schätzen, wie es ausgeht – auf alle Fälle wird die Entscheidung von hoher politischer Brisanz sein. Entweder sagt das Bundesverfassungsgericht, dass die Länder die Kommunen auskömmlich finanzieren müssen – dann erhalten Gemeinden und Kreise genug Geld für alle Pflichtaufgaben und der Streit um die Kreisumlage endet. Oder aber die obersten Richter sagen, dass das Land nur im Rahmen seiner begrenzten Leistungsfähigkeit die Kommunen unterstützen kann: Dann bleibt uns das Problem erhalten. Dann gilt weiterhin: Die Letzten beißen die Hunde, und das sind wir Kommunen.

Die Ampel-Koalition im Bund hat die Krankenhausreform beschlossen. Die Landkreise sind für die Krankenhausversorgung zuständig. Sachsen-Anhalt hat 45 Klinikstandorte – braucht es die alle?

Wir denken, dass es weitere Schließungen nicht geben darf, weil ansonsten die Notfallversorgung gefährdet und die Wege zu lang würden. Gesundheitsminister Lauterbach drängt auf mehr Spezialisierung und sagt, es gäbe von

allem zu viel. Das mag an manchen Stellen in unseren Großstädten der Fall sein – aber nicht im ländlichen Raum. Minister Lauterbach hat bei seiner Reform dicht besiedelte Regionen wie in Nordrhein-Westfalen im Blick – doch das darf man nicht auf unsere dünn besiedelten Regionen übertragen. Die Vorgaben passen nicht zu uns. Die Länder benötigen weitestgehende Ausnahmen.

Eine stärkere Konzentration ist auch bei Schulen ein Thema – wird es zu Schließungen kommen?

Grundschulen sind davon ausgenommen. Aber bei weiterführenden Schulen wie Gymnasien werden wir um eine Konzentration nicht umhinkommen, da die Schülerzahlen in den nächsten Jahren sinken. Das heißt aber auch, dass sanierte Gebäude geschlossen werden müssen – was sehr bitter ist. Das bedeutet zudem, dass wir an anderen Standorten Gebäude erweitern und auch neu bauen müssen. Dass die Landesregierung im aktuellen Haushaltsentwurf die Schulneubauförderung gestrichen hat, beklagen wir daher sehr.